

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [Altmarkkreis Salzwedel](#)
 Straße [Karl-Marx-Str. 32](#)
 Plz, Ort [29410, Salzwedel](#)
 Telefon
 Fax
 E-Mail vergabe@altmarkkreis.de
 Internet
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

b) Vergabeverfahren **Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**

Vergabenummer [65.1--B-0004/26-A](#)

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen
- ohne elektronische Signatur (Textform)****d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[Freilichtmuseum Diesdorf, Molmker Str. 23, 29413 Diesdorf](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Bitte beachten Sie, dass das Verfahren unter der ursprünglichen URL abzurufen ist: <https://satellite.dtyp.de/Satellite/notice/CXWRYDYDT2104WXG>

[Errichtung der Speicherscheune aus Klüden als Technikscheune - Los 4 Elektroinstallation](#)

Bei dieser Vergabe handelt es sich um eine Gesamtmaßnahme, bestehend aus 5 Losen.

[Los 01_Rohbau- und Betonarbeiten](#)
[Los 02_Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten](#)
[Los 03_Tischlerarbeiten](#)
[Los 05_Brandmeldeanlage](#)

[Los 04_Elektroinstallation](#)
[Errichtung einer Technikscheune zu musealen Zwecken](#)

- [Unterverteilung](#)
- [Allgemeinbeleuchtung](#)
- [Außenbeleuchtung](#)
- [Installationsgeräte](#)
- [Netzwerkkomponenten](#)
- [Kabel und Leitungen](#)
- [Verlegesysteme](#)

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- nein
- ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

- i) **Ausführungsfristen**
- Beginn der Ausführung 04.09.2026
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 31.12.2026
- j) **Nebenangebote**
- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- nicht zugelassen
- k) **mehrere Hauptangebote**
- zugelassen
- nicht zugelassen
- l) **Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**
- Vergabeunterlagen
- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4DSTMXDA/documents>
- können angefordert werden unter:
- Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- andere Maßnahmen:
- Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist
- Nachforderung
- Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden
- nachgefordert
- teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
- nicht nachgefordert
- o) **Ablauf der Angebotsfrist** am 07.07.2026 um 10:00 Uhr
- Ablauf der Bindefrist am 20.08.2026
- p) **Adresse für elektronische Angebote** <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4DSTMXDA>
- Anschrift für schriftliche Angebote
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DE
- r) **Zuschlagskriterien**
- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium | Gewichtung |
|-----------------------------------|------------|
| Niedrigster Preis | |
- s) **Eröffnungstermin** am 07.07.2026 um 10:00 Uhr
- Ort
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen
- [Gem. § 14a Abs. 1 VOB/A wird die Öffnung der Angebote ohne das Beisein von Bietern durchgeführt.](#)
- t) **geforderte Sicherheiten**
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
- v) **Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**
- [gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter](#)
- w) **Beurteilung der Eignung**

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Vorzulegende Nachweise:

Die den Vergabeunterlagen beigefügte Eigenerklärung Steiger ist in Textform oder unterschrieben mit dem Angebot einzureichen.

Zur Prüfung der Unternehmereignung der Angebote, die in die engere Wahl für den Auftrag kommen, sind folgende Nachweise einzureichen:

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommenssteuergesetz (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Gewerbeanmeldung (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Handelsregisterauszug (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (mittels Eigenerklärung vorzulegen): falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde

Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (ohne Angabe der Lohnsummen) (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (mittels Dritterklärung vorzulegen): Falls das Unternehmen beitragspflichtig ist oder Erklärung, falls das Unternehmen nicht beitragspflichtig ist.

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Mindestens 3 Referenzen der letzten 5 Jahren mit den im Formblatt 124 genannten Angaben (mittels Dritterklärung vorzulegen): Bitte reichen Sie die Referenzen anhand der Referenzbescheinigung 444 VHB ein. Bitte achten Sie darauf, dass Ihre einzureichenden Referenzen mit der im Ausschreibungsgegenstand beschriebenen Leistung übereinstimmen! Dies ist auch von präqualifizierten Bietern zu beachten. Bitte prüfen Sie, ob die der ausgeschriebenen Leistung entsprechend geforderten Referenzen im PQ-Verzeichnis enthalten sind. Ansonsten fügen Sie diese gesondert dem Angebot bei.

Gem. § 6a Abs. 2 VOB/A sind zur Prüfung der Unternehmereignung im Formblatt 124 folgende Angaben zu tätigen:

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde

Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellen

Angabe zum jeweiligen Berufsregister

Vorzulegende Nachweise:

siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Straße Ernst-Kamieth-Straße 2

Plz, Ort 06112, Halle

Telefon

Fax

E-Mail

Internet

Sonstiges

Bitte beachten Sie, dass das Verfahren unter der ursprünglichen URL abzurufen ist: <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXWRYDYDT2104WXG>

Nicht registrierte Bieter sind verpflichtet, sich über Änderungen und Nachrichten im Verfahren selbst zu informieren. Sollten keine Nachunternehmer oder Bietergemeinschaften vorgesehen werden, sind die Formblätter 233 /234 entsprechend zu streichen /zu kennzeichnen und trotzdem mit dem Angebot einzureichen. Entsprechend dem Tarifreue- und Vergabegesetz Sachsen- Anhalt vom 01. Oktober 2025 dürfen Aufträge nur an solche Bieter vergeben werden, die sich schriftlich oder elektronisch verpflichtet haben, die Anforderungen dieses Gesetzes zu erfüllen. Die Verpflichtungen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 TVergG LSA gelten ausschließlich für Bau- und Dienstleistungen, die im Inland erbracht werden. Tarifvertragliche Änderungen während der Vertragslaufzeit sind entsprechend zu berücksichtigen. Die Eigenerklärungen zu Tarifreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§ 11 TVergG LSA) und zum Nachunternehmereinsatz (§ 14 Abs. 2 u. 4 TVergG LSA) sind mit dem Angebot einzureichen und liegen den Vergabeunterlagen ebenso bei, wie die Ergänzenden Vertragsbedingungen zu den §§ 17 und 18 TVergG LSA. Dementsprechend wird auf die Möglichkeit der Durchführung von Kontrollen gem. § 17 TVergG LSA und die Festsetzung von Sanktionen gem. § 18 TVergG LSA hingewiesen. Sollten keine Nachunternehmen für die Ausführung der Baumaßnahme anfallen, ist die Anlage nach § 14 TVergG LSA trotzdem ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen. Die Anlagen des TVergG LSA sind auch von benannten Nachunternehmern / Bietergemeinschaften vorzulegen.

Gem. § 6 b Abs. 3 VOB/A verzichtet der Auftraggeber auf die Vorlage von Nachweisen, wenn die den Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist.

Bitte achten Sie auf die Gültigkeit der ausgewiesenen Dokumente, sofern diese eine Gültigkeitsdauer beinhalten. Unterlagen, die keine Gültigkeitsdauer beinhalten, dürfen nicht älter als 12 Monate sein.

Hinsichtlich der Formvorschriften der elektronischen Angebotsabgabe werden auch Erklärungen und Nachweise in elektronischer Form akzeptiert, auch wenn die ausstellende Behörde die Gültigkeit des Nachweises im Original oder als beglaubigte Kopie zulässt. (In besonderen Fällen behält sich die Vergabestelle vor, Originalunterlagen vorlegen zu lassen)

Gem. § 8 TVergG LSA wird darauf hingewiesen, dass die Erklärungen und Nachweise aus der Eigenerklärung zur Eignung und dem TVergG LSA verpflichtend vom Bestbieter im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung und vorbehaltlich von den Bieter der engeren Wahl (und ihren Nachunternehmen) vorzulegen sind. Die nach den Vergabeunterlagen und den in der Bekanntmachung gem. der entsprechenden Vergabe- und Vertragsordnung verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist mindestens drei und höchstens zehn Kalendertagen vorzulegen. Bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise kann das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden.

Eignungsnachweise sowie der Nachweis zum PQ-Verzeichnis sind von Bieter / Bietergemeinschaften vorzulegen.

Nachunternehmer unterliegen denselben Eignungsanforderungen wie der Auftragnehmer.

Werden von den Bieter, die in die engere Wahl für die Auftragsvergabe gelangen, Nachunternehmen benannt, sind auch von diesen sämtliche aufgeführten Eignungsunterlagen vorzulegen - nicht, wenn der Hauptbieter einen Präqualifizierungsnachweis vorlegt. In besonderen Fällen behält sich die Vergabestelle die gesonderte Nachforderung vor. Die Nachunternehmer haben die Eigenerklärung zur Eignung sowie die Eigenerklärung zu Tarifreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§ 11 TVergG LSA) vorzulegen. Bei präqualifizierten Nachunternehmern reicht der Nachweis zum PQ-Verzeichnis unter Angabe der PQ-Nummer, sowie die Eigenerklärung zum TVergG LSA. (In besonderen Fällen behält sich die Vergabestelle die gesonderte Nachforderung vor)

Bitte reichen Sie die Referenzen anhand der Referenzbescheinigung 444 VHB ein. Bitte achten Sie darauf, dass Ihre einzureichenden Referenzen mit der im Ausschreibungsgegenstand

beschriebenen Leistung übereinstimmen! Dies ist auch von präqualifizierten Bieter zu beachten.

Bitte prüfen Sie, ob die der ausgeschriebenen Leistung entsprechend geforderten Referenzen im PQ-Verzeichnis enthalten sind. Ansonsten fügen Sie diese gesondert dem Angebot bei.

Zusätzlich zu den oben genannten Unterlagen behält sich der Auftraggeber vor, auf gesondertes Verlangen Einsicht in die Kalkulation des Bieters zu verlangen.

Ein Nachprüfungsantrag wird nur auf schriftlichen oder elektronischen Antrag vor der Nachprüfungsbehörde durchgeführt. Die Vergabekammern des Landes Sachsen-Anhalt sind Nachprüfungsbehörde unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 Abs. 2 GWB im Sinne der §§ 19 - 22 TVergG LSA. Der Antrag ist unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von sieben Kalendertagen schriftlich oder elektronisch gerügt hat. Der Antrag ist ferner unzulässig, soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe oder der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsgabe gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich oder elektronisch gerügt werden oder mehr als zehn Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Für

Amtshandlungen der Nachprüfungsbehörde werden Kosten zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben.
Die Gebühr beträgt mindestens 100 Euro, soll aber den Betrag von 1000 Euro nicht übersteigen.

Bekanntmachungs-ID:

CXP4DSTMXDA